

## Die Tabaksteuervorlage.

Der Steuerausschuß des Reichstages setzte Freitag nachmittag die allgemeine Besprechung über die Tabaksteuervorlage fort. Ein fortschrittlicher Redner führte aus, daß zwar bei einem Posttarif von einem Notbehelf gesprochen werden könne, nicht aber bei einer auf die Konsumenten abzuwälzenden Verbrauchssteuer. Nach dem Kriege werde man wahrscheinlich den Tabak noch einmal heranziehen, und so würde man zwar das Provisorium loswerden, aber die doppelte und dreifache Unruhe haben. Es wäre besser, bis nach dem Kriege zu warten, um dann ein Definitivum zu schaffen. Des Redners Partei wolle kein Gesetz schaffen, das zum Monopol führe. Mit der Besteuerung der Zigaretten könne sie sich eher befreunden. Vor allem seien direkte Steuern, also nochmalige Erhebung des Wehrbeitrags, einzuführen.

Ein polnischer Abgeordneter erklärte, daß bei der großen Teuerung des Tabaks und der allgemeinen Teuerung eine derartige höhere Besteuerung ganz unmögliche Verhältnisse schaffen würde. Viele vom Zigarrenhandel lebende Kriegerfrauen würden durch diese Steuer die selbständige Existenz verlieren. Die Regierung arbeite jetzt schon auf ein zukünftiges Tabaksmonopol hin. Die Stellung seiner Partei zur Vorlage kann der Redner noch nicht angeben.

Der Reichsschatzsekretär gab nicht zu, daß der Tabak sich nicht für eine Notsteuer eigne. Eine Garantie, daß die jetzige Besteuerung für alle Zeiten endgültig bleibe kann er nicht übernehmen. Bei der Zigarette behalte sich die Regierung für die Zukunft alles vor. Ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion berief sich auf seine eigenen Erfahrungen als Tabakarbeiter zum Beweise für die Schädigung der Tabakarbeiter durch eine solche Steuer. Ein Tabakmonopol sei bei 48 000 Betrieben sehr schwierig einzuführen, auch könnte das nur bei Geldüberfluß geschehen. Der Schatzsekretär erwiderte, daß er sich über das Monopol nicht äußern wolle. Die Regierung werde nach dem Kriege sehen, wie unsere Arbeitskräfte am besten zu beschäftigen sind, aber trotzdem scheue sich der Staatssekretär, jetzt schon irgendwie sich für ein Monopol zu erwärmen; die Schwierigkeiten seien gewiß groß.

Ein Zentrumsredner begrüßte dankbar das Entgegenkommen der Fortschrittlichen Volkspartei. Man habe sich ja auch bei der Kriegsgewinnsteuer geeinigt. — Ein zweiter Redner der Fortschrittlichen Volkspartei bat den Vordredner, seine Nachbarn zur Rechten entsprechend zu beeinflussen, damit neben indirekten auch direkte Steuern geschaffen werden. Die Möglichkeit zur Einmütigkeit des Reichstages bestehe. Wenn nach dem Friedensschluß doch ein neuer Eingriff gegen den Tabak komme, dann sei es sehr bedenklich, jetzt die Steuer zu machen. Für den heutigen Zeitpunkt sprächen Bequemlichkeitsgründe, aber ein Provisorium ist bei der Tabakbesteuerung nicht möglich. Ueber eine Erhöhung der Zigarettensteuer lasse sich weit eher reden. Auch des Redners Partei wolle den heimischen Tabakbau fördern, aber das könne nicht durch Steuern geschehen, wie man überhaupt nicht zu große Hoffnungen auf die Förderung des heimischen Tabakbaues setzen dürfe.

Der Reichsschatzsekretär erklärte, die Belastung beim Tabak so gewählt zu haben, daß er hoffe, in Zukunft damit auszukommen. Man hätte gern eine noch stärkere Belastung gehabt, habe sich aber schließlich auf den jetzigen Vorschlag geeinigt. Man werde in Zukunft sehr ungern eine neue Form der Besteuerung schaffen, aber mehr könne er nicht sagen.

Ein weiteres Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion verlangte Beachtung des einmütigen Widerspruchs aller Tabakarbeitergewerkschaften gegen die Vorlage, denen sich die Organisationen der graphischen Gewerbe anschließen. Man möge die Vorlage ablehnen und dafür den Wehrbeitrag wiederholen. — Ein nationalliberaler Abgeordneter äußert große Bedenken vom Standpunkt des heimatischen Tabakbaues, weshalb mit aller Vorsicht an die Sache herangegangen werden müsse. Eine geringe Erhöhung des Wertzolls wäre annehmbar, besonders wenn Stundung zugestanden wird. Auf die ganz verschiedenen Meinungen der Interessenten könne man sich nicht stützen. Jedenfalls wäre der jetzige Zeitpunkt, in dem die Abwälzung wegen der großen Nachfrage viel leichter sei, das kleinere Uebel. Die Zigarettenindustrie mit ihren nur 18 000 Arbeitern und ihren Dividenden von über 30 pCt. könne auch zahlen.

Der Reichsschatzsekretär gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die endgültige Reform bei den Sätzen der jetzigen Vorlage stehen bleiben könne. — Ein weiteres Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion führte aus, eine rein inländische Zigarre würde jetzt 12 Pf. kosten. Die Steuer bedeute eine Katastrophe für das Zigarrengewerbe.

Der Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sprach gleichfalls entschieden gegen das Gesetz und forderte Garantien für die Arbeiter nach dem Vorbild des Kaligesetzes. — Ein fortschrittlicher Abgeordneter, in dessen Wahlkreis besonders viele kleine Tabakwarenerzeuger leben, die zugleich kleine Landwirte sind, wünschte sehr, daß von der Erhöhung der Zigarrensteuer jetzt abgesehen werde. Ein konservativer Redner sprach sich für das Monopol aus, erklärte sich gegen die Wehrsteuer und forderte stärkere Förderung des einheimischen Tabakbaues, besonders auch als Schutzwehr gegenüber der Zigarette.

An die Sitzung schloß sich eine Besprechung von Vertretern der Parteien, um den Versuch zu einer Verständigung über die Steuerfragen zu machen.

Die nächste Sitzung soll erst Dienstag oder Mittwoch stattfinden, da die Fraktionen erst unter sich beraten wollen.